

Mütze mit Mission

Dirk Niebel baut sein Entwicklungsministerium um – und muss dabei lernen: Die Welt ist nicht so einfach, wie sie ein FDP-General sieht

Von Steven Geyer

Plötzlich ist sie da: die Mütze. Ruandas Sonne brennt, Tänzer wirbeln roten Staub auf, und der Staatsgast setzt diese verblichene, olivgrüne Gebirgsjägermütze auf. Die Oppositionspolitiker, die Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) auf seiner ersten Afrika-Tour begleiten, schütteln den Kopf, und unter den mitreisenden Journalisten hat Niebel fortan einen Spitznamen: Mütze.

Dirk Niebel muss die Reaktionen bemerkt haben, denn später sagt er, er habe geahnt, dass der Hut in Deutschland für Aufsehen sorgt. Aber er hänge halt an dem Relikt aus der Zeit als Fallschirmjäger, Mitte der 80er im Schwarzwald. Niebel trägt die Kappe für den Rest der Reise, auch beim Besuch eines Lagers für Kriegsflüchtlinge. Wie zum Trotz.

Wer glaubt, Dirk Niebel, 46 Jahre alt und vor 100 Tagen vom FDP-Generalsekretär zum Entwicklungsminister geworden, habe all die Häme über seinen Amtswechsel kühl weggesteckt, der irrt. Doch Niebel wäre nicht Niebel, der sich einst binnen sechs Jahren vom Heidelberger Arbeitsvermittler zum großmäuligen FDP-General hochgeackert hatte, wenn er sich nicht auch in diesem Job beweisen wollte: „Nicht nur die politischen Gegner, auch ich habe mir keine 100 Tage Schonfrist gegönnt“, zog Niebel am Donnerstag in einer Videobotschaft Bilanz, ein spöttisches Grinsen um den Mund.

Tatsächlich treibt der FDP-Mann Umbau und Neuausrichtung des Ressorts eilig voran – oft zum Unmut der Beteiligten und Betroffenen. Er werde die „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Ministeriumsnamen betonen, gab Niebel als Losung aus. Das hatten viele befürchtet: Der Kampf gegen die Armut würde deutschen Wirtschaftsinteressen untergeordnet. Wie zum Beleg holte sich Neuling

Niebel statt Entwicklungsexperten FDP-Getreue wie die Außenwirtschaftsexpertin Gudrun Kopp und den langjährigen FDP-Geschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz als Staatssekretäre. Künftig werde er nur noch ein Drittel der Gelder in multilaterale Projekte stecken, Schwellenländer sich selbst überlassen und bei Hilfen auch nach Vorteilen für deutsche Investoren fragen. Auch Afrika könne „mehr Wirtschaft, weniger Staat“ helfen.

„Das ist mehr als Rhetorik, das wirkt sich schnell auf die Praxis aus“, sagt Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD. „Die Projektaufträge werden bereits umgeschrieben, damit sie statt nachhaltiger Entwicklung Vorteile für unsere Wirtschaft betonen. Aber für Außenwirtschaftsförderung ist das Wirtschaftsministerium zuständig.“

Freilich hielten nicht alle von Niebels nassforschenden Sprüchen der Realität stand: Nur Tage nach Amtsantritt verkündete er via Bild-Zeitung, die Entwicklungshilfe für China zu stoppen. Vielleicht stimmt das Gerücht, die Bild habe ihn mit einem vor der Wahl geführten Interview vorführen wollen. Denn dass Deutschland längst nicht mehr für Armutsbekämpfung in China zahlt, sondern sich für Beratung in Umweltprojekten bezahlen lässt, muss ein Minister wissen.

Auch von Sätzen, er betreibe kein Weltsozialamt und Steuergeld gebe es nur für Organisationen, die mit der Bundeswehr kooperieren, rückte Niebel schnell ab. Armutsbekämpfung – ein verbindliches UN-Ziel – bleibe „ein Baustein“ seiner Arbeit und „embedded Entwicklungshelfer“ habe er nie gewollt. Zu groß war der Aufschrei der Helfer, für die alles andere lebensgefährlich wäre. „Als Ex-Zeitsoldat glaubte Niebel wohl, sich bei der Armee auszukennen“, stichelt Grünen-Entwicklungspolitikerin Ute Koczy. „Die Häutung vom Generalsekre-

tär zum Entwicklungsminister ist noch nicht vollzogen. Er verkennt die Realität ziviler Aufbauarbeit.“

Und auch die Ansage, mehr nationale, also bilaterale Projekte zu fördern, ist heikel: So viele gibt es da nicht. Teil dieser Linie dürfte die beabsichtigte Kürzung der Mittel für den multilateralen Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids gewesen sein. Der gilt jedoch als enorm erfolgreich – und nach Protesten ruderte das Ministerium erneut zurück. Alles schwieriger, als man im Wahlkampf so denkt.

Doch Niebel kann auch anders. „Ich bin Anfänger“, sagte er in seiner Antrittsrede vor den Mitarbeitern, und: „Ich bitte um Kooperation.“ Das sind neue Töne – für Medienrambo Niebel, aber auch für sein Haus. Die Stimmung sei viel besser als unter Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), hört man. „Er wirkt offen, hört zu, kann Leute für sich einnehmen“, heißt es im Umfeld. Das ist das Gegenprogramm zu HWZ, wie Niebels Vorgängerin in der Szene genannt wird. Sie rang den Haushaltspolitikern zwar Jahr für Jahr höhere Etats ab, damit Deutschland sich dem in den 70ern zugesagten UN-Ziel nähert, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklung auszugeben. Intern fehlte ihr aber der Kooperationswille.

Niebel geht umgekehrt vor: Vom 0,7-Prozent-Ziel entfernt er sich; die Zusage, 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kommen, sei weder umsetzbar noch völkerrechtlich bindend. 2010 wächst sein Etat um 67 Millionen Euro, etwa ein Zehntel im Vergleich zu 2009. „Ein herber Schlag“, stöhnt Tobias Kahler von der Afrika-Lobby One. „Dass er die Finanz-Transaktionssteuer als neue Einnahmequelle ablehnt, ist politisch unklug. Aber dass er neue Klimaschutz-Ausgaben als als Entwicklungshilfe verbuchen will, ist besonders ärgerlich.“

Intern tritt Niebel anders auf. Nicht nur, dass sogar mal im Beisein des Chefs gelacht wird. Auch den Umbau der staatlichen Entwicklungsorganisationen, wo 1400 Mitarbeiter in teuren Doppelstrukturen stecken, packt er ganz neu an.

Am 4. Januar geht ein Brief an die Chefs der drei Durchführungsorganisationen: Niebel bittet die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und die Bildungsagentur Inwent, „mir bis zum 10. Februar“ auf „drei DIN-A4-Seiten“ die „jeweils eigenen Eckpunkte“ vorzulegen, wie „eine Fusion auf Augenhöhe“ zu meistern sei. Wieczorek-Zeul war damit gescheitert, weil sie externe Berater beauftragte, statt Betroffene zu hören. Aber auch,

weil sie die mächtige Kreditanstalt für Wiederaufbau und die GTZ fusionieren wollte. „Das wäre auch nötiger, Niebel wählt mit den kleinen Häusern den leichten Weg“, sagt Linken-Entwicklungspolitiker Niema Movassat. „Das Feld ist bereitet, und er kann es dann als seinen Erfolg verkaufen.“

Doch Niebel mutet sich auch etwas zu. In Afrika läuft er stundenlang durch das Flüchtlingslager in Goma, Ost-Kongo. Er fragt viel, hört zu. Und er trifft dort Teresa, 45 Jahre alt, neunfache Mutter. Dem Krieg entkommen, flieht sie hier Körbe. Sie dankt dem Minister für die Zuflucht, erzählt von ihrem Leidensweg. Niebel zögert kurz, dann kramt er nach seiner Brieftasche: „Wir nehmen vier Körbe.“

Es ist eine hilflose Geste, natür-

lich. Denn in diesem Moment hat Niebel einsehen müssen, dass Mittelstandsförderung und Staatsabbau ihre Grenze haben. Spätestens in Afrika.

STEILE KARRIERE

Dirk Niebel, 1963 in Hamburg geboren, lebte nach dem Abi ein Jahr im Kibbuz in Israel. 1990 kam er als Student zur FDP und gründete in Heidelberg die Jungen Liberalen mit. 1993 wurde der Verwaltungswirt Arbeitsvermittler in Heidelberg. Eines seiner frühen politischen Ziele war die Abschaffung der Arbeitsagentur.

In den Bundestag zog Niebel 1998 ein. Seit 2003 ist er im FDP-Bundesvorstand, 2005 wurde er Generalsekretär – und bald zu „Guidos Großmaul“ (Spiegel).